

Köln, 21. Februar 2017

**Offener Brief an das Maritim Hotel Köln
Von dem Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.**

Sehr geehrter Herr Prochaska,

Wir, der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V., haben nun seit geraumer Zeit die Ereignisse rund um die Proteste gegen den bevorstehenden AfD Bundesparteitag in Köln mitverfolgt. Als alevitischer Jugenddachverband mit der Geschäftsstelle in Köln, befürworten und unterstützen wir die Koalition aus Künstlern, Politikern und politischen Zusammenschlüssen wie z.B. dem Aktionsbündnis „Köln gegen Rechts“, welche sich gegen den geplanten Parteitag dieser rechtspopulistischen Partei am 22. und 23. April 2017 im Maritim Hotel Köln solidarisieren.

Jeder Raum für die AfD, ist ein Raum zu viel! Und davon hat die Maritim Hotelkette in den letzten Jahren der AfD für ihre bundesweiten Veranstaltungen reichlich geboten. Proteste gegen die Vergabe von Räumlichkeiten durch das Maritim, haben bis jetzt leider wenig gefruchtet. Umso überraschender kam für uns das Statement, dass Sie als Geschäftsführer sich nach den Protesten in Köln dazu entschieden haben, der AfD künftig keine weiteren Räumlichkeiten mehr zur Verfügung zu stellen (WDR Stand 14.02.2017). Zudem sollen Sie dem umstrittenen Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke ein Hausverbot in sämtlichen Maritim Hotels deutschlandweit ausgesprochen haben. Dieses Hausverbot gälte auch für den bevorstehenden Bundesparteitag, inwiefern dies eingehalten wird bleibt abzuwarten. Obwohl wir diesen ersten Schritt befürworten, fällt es uns jedoch schwer diese Entscheidung als ein Resultat einer ausgiebigen Reflektion Ihrerseits wahrzunehmen. Schließlich haben bisher selbige Protestgründe Sie als Maritim Hotelkette wenig beeindruckt.

Gleichzeitig wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass aus juristischen Gründen der AfD Bundesparteitag trotz allem nicht abgesagt werden kann, man aber der AfD die Möglichkeit gibt von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen. Dies bestärkt uns in der Annahme, dass Sie bei allem Respekt als Verantwortlicher eine gewisse Halbherzigkeit in ihrer Vorgehensweise bezüglich dieser Situation an den Tag legen und lediglich darauf aus sind, den Imageschaden ihres Unternehmens auf das Geringste zu minimieren, ohne jedoch die vollen Konsequenzen dafür tragen zu wollen. Daher möchten wir Sie höflichst bitten, den Bundesparteitag der AfD abzusagen. Auch wenn dies eine finanzielle Extrabelastung darstellen sollte, wäre dies ein Zeichen der Toleranz und Achtung der Menschenwürde. Und wir sind uns sicher, dass Sie auch in Zukunft eine Großzahl von Befürwortern dieser Entscheidung in Ihren Hotels begrüßen dürfen, die diesen Verlust wieder wettmachen.

Den Bundesparteitag nicht abzusagen, lässt auf ein Mangel an Solidarität und Empathie gegenüber den Kölner_innen, welche für eine demokratische und anti-rassistische Gesellschaft eintreten und gegenüber solchen, die unmittelbar von den Hetzkampagnen der AfD betroffen sind, schließen. Dazu gehören insbesondere Menschen mit sogenannten Migrationshintergrund, zu denen auch wir, die alevitischen Jugendlichen gehören und uns gegen diese Form von Rassismus stellen.

Seit der Silvesternacht auf 2016 werden die tragischen Ereignisse und deren Opfer für rechtspopulistische Zwecke instrumentalisiert. Dabei wurde die Stadt Köln zu einem Sinnbild, in dem Männer mit ausländischen Wurzeln ungehindert ihr Unwesen treiben. Diese Verallgemeinerung hat dazu geführt, dass viele junge Männer, die optisch nicht den „europäischen“ Merkmalen entsprechen bundesweit unter Generalverdacht gestellt werden. Daher ist es ein Leichtes darauf zu schließen, dass die AfD genau aus diesem Grund die Stadt Köln als Versammlungsort gewählt hat. Sie möchte ihr Wahlprogramm als vermeintliche Lösung zu den „Nichtlösungen“ anderer Parteien und der derzeitigen Regierung vorstellen, in Referenz zu der Kölner Silvesternacht um Ängste zu schüren. Daher appellieren wir erneut an die Geschäftsführung des Maritims, den Bundesparteitag der AfD abzusagen, denn jede gebotene Plattform oder Räumlichkeit für diese rechtspopulistische Partei ist ein Akt der stillen Toleranz und Zustimmung gegenüber dem rechtsprägen Gedankengut, das dort propagiert wird. Wenn Sie nicht für uns einstehen, wer soll es dann tun? Oder um es mit einem Gedicht von Martin Niemöller zu sagen:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Daher schweigen Sie nicht, nur weil Sie nicht einer Gruppe angehören, die von der AfD diskriminiert wird, sondern solidarisieren Sie sich mit denen, die Opfer dieser rechten Rhetorik sind. Eine Gesellschaft ist nur so stark, wie es an Vielfalt toleriert und lebt. Denn wie sagt man so schön bei uns in Köln: „Jeder Jeck is anders“ (Jeder Narr ist anders). Und damit das so bleibt, sind auch wir am 22. April 2017 bei der Großdemonstration gegen den AfD Bundesparteitag in Köln mit am Start!

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ) ist die eigenständige Jugendorganisation der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V. (AABF). Neben der Bundesebene gliedert sich der BDAJ in die fünf Regionalverbände Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Norden, der wiederum die Bundesländer Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein umfasst, und dem Bund der Alevitischen Studierenden in Deutschland als flankierendes Organ.

Als Zusammenschluss von über 135 lokalen Mitgliedsjugenden erreicht der BDAJ bundesweit etwa 78.000 Kinder und Jugendliche im Alter bis 27 Jahren. Damit ist der BDAJ aktuell die größte Migrant_innenjugendselbstorganisation. Als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII ist er zudem Vollmitglied im Deutschen Bundesjugendring (BDJR). Der BDAJ ist fast ausschließlich ehrenamtlich organisiert und möchte als alevitisch-demokratischer Arbeiter_innenjugendverband wahrgenommen werden, der sowohl klassische als auch innovative Jugendarbeit leistet. Inhaltlich werden v.a. jugend-, integrations- und umweltpolitische Themen behandelt. Der BDAJ setzt sich für Gleichstellung, Teilhabe und interkulturelle Öffnung und gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit jeglicher Art ein.

Bei Rückmeldungen können Sie diese gerne an die Geschäftsstelle unter info@bdaj.de richten.

Humanistische Grüße
Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V.